

# Dresdener Volkszeitung

Postfachamt: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Carl, Staatsbrot, Dresden,  
Kauf der Arbeiter, Anstalten  
und Beamten, A.-G., Dresden,  
Gebrüder Henckell, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch eine entsprechende Beschriftung, bei der Druckerei der Dresdener Volkszeitung, gegen Aufhebung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Beiträge, zu erfolgen.

Bezugspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage 1,20 M. wochentlich 7,20 M., monatlich 21,60 M., vierteljährlich 50,40 M., halbjährlich 97,20 M., jährlich 187,20 M. Auslandspostzuschlag 20%.

Schriftleitung: Berlinerstr. 10, Dresden, Nr. 25361. Druckerei: Berlinerstr. 10, Dresden, Nr. 25361 und 25371. Verlagsort: Dresden.

Einzelheft 1,20 M. wochentlich 7,20 M., monatlich 21,60 M., vierteljährlich 50,40 M., halbjährlich 97,20 M., jährlich 187,20 M. Auslandspostzuschlag 20%.

Nr. 207

Dresden, Sonnabend, den 5. September 1931

42. Jahrgang

Sie fliegen ein - Sie fliegen aus

## Der Taubenschlag

Der Kampf im Braunschweiger Nazilager - Wieder Austritt eines Naziabgeordneten

D. Braunschweig, 5. September. (Eig. Funkst.) In der braunschweigischen NSDAP geht es wild durcheinander. Wieder hat ein nationalsozialistischer Stadtverordneter sein Mandat mit folgender Begründung niedergelegt:

„Auf Grund innerer Bedenken, hervorgerufen durch die Haltung und Stellungnahme der nationalsozialistischen Reichsleitung in München während der letzten Monate, ganz besonders aber durch die Verhältnisse in der braunschweigischen nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion, sehe ich mich gezwungen, mein Stadtverordnetenmandat niederzulegen und meinen Austritt aus der nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu erklären. In diesem Sinne wurde bereits vor acht Tagen der Fraktionsvorsitzende, Herr Görner, benachrichtigt, jedoch bin ich bis zum heutigen Tage ohne Benachrichtigung geblieben. ges. Otto Rasche.“

Landtagspräsident Görner, der gleichzeitig Vorsitzender der Stadtverordnetenfraktion ist, verlegt seinem früheren Parteifreund einen gehörigen Fehltritt, indem er auf die Austrittserklärung seines Freundes erklärt: Die Erklärungen austretender Nationalsozialisten machen Schande. Auch Herr Rasche hat erwidert, daß er nicht wegen fortgesetzten Schwänzens der Stadtverordnetenfraktionen sein Mandat wohl oder übel niederlegen würde, sondern daß die Richtung der Partei ihm plötzlich verfallen wurde. Die Sache entbehrt nicht des Humors.

Aus dem Beitrittskrieg, den die braunschweigischen Rechtsparteien nach der Amtsniederlegung gegeneinander führen, ist zu erleben, daß Minister Franzosen schon am 2. Juni mitgeteilt hat, daß er unter diesen Umständen das Ministeramt weiterführen wolle. Am 2. Juli hat Franzosen mit Hitler und Göring in Berlin verhandelt, und bis zum 27. Juli, der Amtsniederlegung, hat sich Hitler nicht endgültig geäußert. Darum geht einmal hervor, daß der Abgott in München selbst nicht weiß, was er will, und zweitens, daß Minister Franzosen nicht die Notverordnung der Regierung Brünning zum Anlaß seines Austritts nehmen konnte, denn diese Notverordnung wurde erst am 5. Juni erlassen, sondern daß vor allem die Prozesse, die Franzosen in Berlin und in Braunschweig zu führen hatte, den Sölden zum Rücktritt bewogen.

## Durcheinander

D. Braunschweig, 5. September. (Eigener Funkst.) Die braunschweigischen Nationalsozialisten fordern nach wie vor den zweiten Minister. Der Gauleiter Rast, Hannover, erklärte, daß die Sabotage der Rechtsparteien mit bedingungsloser Opposition beantwortet werde, während die Volkspartei sich jetzt auf einen Minister festgelegt hat. Innerhalb der bisherigen Regierungskoalition herrscht also das größte Durcheinander, wie immer, wenn Nazis mit an der Regierung waren.

## Herüber und hinüber

Von der NSDAP zur SPD und zurück!

D. Halle, 4. September. (Eigener Drahtbericht.)

Von Tag zu Tag wird immer unverkennbarer, daß die NSDAP und die SPD, kaum mehr zu unterscheiden sind; wird immer offensichtlicher, daß beide Parteien dieselben Ziele verfolgen, nämlich die Vernichtung der deutschen Republik. Je nach der augenblicklich herrschenden Ansicht, welche von diesen beiden „Arbeiterparteien“ dabei schneller zum Ziele kommt, wechseln ihre Mitglieder hinüber und herüber. Und bei jedem dieser Uebertritte wird die Flamme immer gar gewaltig geschlagen und mit großem Lärm verkündet, daß wieder einer den richtigen Weg gefunden habe zu der einzigen Partei, Augenblicklich trommelt die SPD gewaltig mit einem derartigen, man kann wohl sagen berufsamtlichen Uebertreter. Reichswehroffiziere und einfache „Böns“ genügen den Moskowitern jetzt nicht mehr. Die neueste Erwerbung war ein Baron von Frankenberg und Proschwitz. Dieser Somjesbaron war von den Nazis zu den Kommunisten übergetreten und war das Paradebeispiel der Versammlungen in Stadt und Land. Jedes kleine Dörfchen bekam die Ehre des Besuchs des Genossen Barons von und zu, auf und davon. Denn inzwischen ist er auch wieder auf und davon.

Als er in Halle in einer Versammlung der SPD über „Mein Weg von der NSDAP zur SPD“ reden sollte, stellte sich auf einmal heraus, daß der Renomierbaron schon wieder Nazi geworden war. In einer Erörterung, die er in der Versammlung dann abgab, gab er als Grund seiner Rückkehr zur NSDAP an, daß die kommunistischen Arbeiter sich in einem Irrtum befinden, wenn sie glaubten, eine Besserung in der Lage des Proletariats

Viel Gold - viel Elend

## Die Flucht ins Ausland

„Hilfe für Deutschland tut not“

Wie aus New York gemeldet wird, beträgt der gesamte Goldbestand in U.S.A. 5 Milliarden Dollar. Davon sollen zwei Milliarden Dollar geflüchtetes Auslandskapital sein. Man bestreitet, so heißt es in der Weltung, in Amerika, daß man absichtlich eine Goldaufsparungspolitik treibe, das einzige Mittel gegen diese Goldanhäufung sei die Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt.

Die Tatsache, daß Amerika einen solchen Goldüberfluß hat, zeigt recht deutlich, wie sehr die Wirtschaft der Welt heute in Verwirrung geraten ist. Fünf Milliarden Dollar sind ungefähr 20 Milliarden Mark. Der Goldschatz der Reichsbank beträgt noch nicht zwei Milliarden Mark. Deutschland muß sich in der Zeit einer schweren wirtschaftlichen Krise mit einem unerträglich hohen Diskont abfinden, weil es ihm an Gold fehlt. In Amerika liegen Milliarden Gold, die das Wirtschaftsleben anderer Länder befruchten könnten, völlig nutzlos da. Der amerikanische Goldschatz könnte so groß werden nicht nur deswegen, weil Amerika von Natur ein ungeheuer reiches Land ist, der Hauptzweiger vieler wichtiger Welthandelswaren, so von Baumwolle und Petroleum. Amerika ist jetzt auch einer der Hauptgläubiger der Welt, und der größte Teil der von Deutschland gezahlten Reparationen mußte von dessen Gläubigern nach U.S.A. weitergeleitet werden. Daß dieser Goldstrom dem Lande kein Glück gebracht hat, das beweist der Zustand, in dem sich die amerikanische Wirtschaft befindet. Die Wirtschaftskrise ist in den Vereinigten Staaten kaum weniger verheerend als in Deutschland und die Not eines großen Teils der Massen vielleicht noch größer als bei uns, weil in den Vereinigten Staaten von Amerika die sozialen Einrichtungen fehlen die unseren Arbeitlosen einen jetzt allerdings leider bis auf das äußerste verminderten Schutz gewähren. Was wir jetzt in Amerika erleben, das zeigt auch, wie blöd das Geschwafel unserer Industrieherrn ist, die behaupten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands

seien auf die deutschen sozialen Einrichtungen zurückzuführen, und wie albern der Schwachsinn nationaleristischer Seher, die alles deutsche Elend auf die sogenannten Tributverpflichtungen Deutschlands zurückführen wollen. Amerika hat weder unsere sozialen Einrichtungen noch sind Reparationen zu bezahlen, und trotzdem ist das Elend eines großen Teils der Massen dort ebenso groß oder zum Teil noch schlimmer, als bei uns.

Der Kurszusammenbruch an der Berliner Börse gibt dem Organ unserer Parteigenossen in Frankreich, dem Populaire, Anlaß, eine Warnung an diejenigen zu richten, die noch immer glauben, daß Deutschland seine wirtschaftliche und finanzielle Krise allein überwinden könne, früher oder später werde eine fremde Hilfe nötig sein, und je mehr man diese unvermeidliche Operation hinauszieht, um so verwickelter werde man die Sanierungsaufgabe machen.

Gerade die Ergebnisse der letzten Wochen zeigen zur Genüge, welche enge Schicksalsverbindung zwischen der wirtschaftlichen Beziehung zwischen den Völkern besteht. Waren doch die englischen Finanzschwierigkeiten zum großen Teil eine Folge der deutschen Krise. So können auch die Vorgänge auf den deutschen Börsen nicht ohne Rückwirkung auf die fremden Börsen bleiben. Die kürzlichen Kurse stürze gestern zeitweise geschlossen werden. Das soll allerdings zum Teil auch auf die Schwierigkeiten bei „Motor Columbus“, einer internationalen Elektrizitätsgesellschaft in der Schweiz, zurückzuführen sein; aber aus vielen Erfahrungen wissen wir, wie sehr die Kursentwicklung auf den deutschen Börsen die Kurse auch der ausländischen Börsen beeinflusst. Was auf den Börsen geschieht, kann aber wieder tiefgreifende Wirkungen auf die übrige Wirtschaft eines Landes haben. Ist die Börse starr, ist es deshalb nicht möglich, dort neu herausgegebene Papiere unterzubringen, bedeutet das auch weniger Aufträge für die Industrie, vermehrte Arbeitslosigkeit. So hat allerdings die ganze Welt ein großes Interesse daran, daß es mit der deutschen Wirtschaft nicht noch immer weiter abwärtsgeht.

## Schlußfiktung in Frankfurt

„Der Kapitalismus ist der Feind“

SPD, Frankfurt a. M., 4. September. (Eig. Drahtst.)

Der Frankfurter Gewerkschafts-Kongress führte am Freitag seine Beratungen zu Ende. Zunächst wurde die Debatte über das Referat Köpels: „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ fortgesetzt.

Reicher, Berlin (Gesamtarbeiterverband): Es gab eine Zeit, da sah man die „gelbe Gefahr“ als überwunden an. Durch den neuen Aufstich der Reaktion in der Rassistbewegung merkten sich jedoch wieder die Versuche der Gelben, tariffähig zu werden. Leider haben sie dabei beim Reichsarbeitsgericht Unterstützung gefunden. In dem Prozeß der Gelben zur Erlangung der Tariffähigkeit handelt es sich meist um Klagen, bei denen Kläger und Beklagte einig sind, daß die Tariffähigkeit für die Gelben herbeizuführen ist. Die beiden Parteien merken sich gegenseitig die Wille zu, das Reichsarbeitsgericht ist ihnen gefällig, obwohl schon jeder gewerkschaftliche Abschluß weiß, daß bei den Gelben von einer materiellen und heiligen Abhängigkeit gegenüber dem sozialen Gegenpieler keine Rede sein kann.

Schulz, Berlin (Arbeiterverband), fordert einen Mindesturlaub für alle Arbeitergruppen. Wegen des Arbeiterurlaub treten oft Leute auf, die selbst sechs bis acht Wochen Urlaub haben. Das Berufsamtentum hat meist kein Verständnis für das soziale Arbeitsrecht. In vielen Tarifverträgen wird Sebastianischerweise der Urlaub vernachlässigt. Man braucht nicht nur handfeste Tarife,

könne die SPD herbeiführen. Die Massen der kommunistischen Anhänger seien allein, auch in den Augen der Führer, nur die Werkzeuge, mit denen die Führer der SPD, auf Geheiß von Moskau das Chaos herbeiführen. Mit dem schaffenden Arbeiter treibe die SPD-Führung Schindluder, seine Arbeitsgruppen denunge sie, um ehrgeizigen Wünschen Rechnung zu tragen.

Woraus zu erschen ist, wie wenig manche Leute die beiden Parteien des „großen Males“ voneinander unterscheiden können!

sondern natürlich auch den ernststen Willen, sie durchzuführen. Wenn s. B. tariflich der Achtstundentag vereinbart ist und dennoch 8 1/2 bis 9 Stunden freiwillig gearbeitet wird, dann muß mit den Kollegen ein ernstes Wort gesprochen werden. (Beifall bei den Gemeinbearbeitern.)

Riegler, Breslau: Die politische und soziale Reaktion wirkt sich heute überall in der sozialen Rechtsprechung aus. Der Reichstag ist ausgeschaltet, die Schlichtungsinstanzen sind ein Nachhaken. Die dienen aber nicht zum Schutze der Schwachen gegen die Willkür der Starken. Der § 159 der Gewerbeordnung hat in der Vorkriegszeit nicht so schlimm neben das Streikrecht gewirkt wie heute die „Verbindlichkeits-Erklärungen“. Durch sie wird der Streik recht oft völlig unterbunden. Der Widerstand gegen Affordärungen wurde wiederholt vollständig unterbunden, und man hat abendrein die Gewerkschaften dafür finanziell habfahbar gemacht. Die Krise wird benutzt, um den Abbau der Löhne auf der ganzen Linie vorzubereiten. Verträge sind vielfach dem Unternehmer nicht mehr als ein feines Papier. Die Arbeiter haben im bürgerlichen Staat nur so viel Recht, wie sie sich durch ihre Organisation zu erobern vermögen. (Beifall, auch auf der Galerie.)

Anna Reil, Magdeburg, verlangt Ausdehnung des Arbeitsschutzgesetzes auf die Landarbeiter und Arbeiterinnen in der Forstwirtschaft. Die Lockerung des Mieterschutzes sei auf dem Lande Elend über Elend.

Wittenberg, Köln, verlangt Vereinfachung des Arbeitsrechtes. Als Maßstab für die Unterstützungshöhe soll weder die Höhe des Lohnes noch die Höhe der Beiträge gelten, sondern nur das versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnis in allen Versicherungszweigen. Mit der Regelung der Tariffähigkeit muß eine neue Rechtsform einhergehen. Heute überwiegen die Nachteile der Rechtsfähigkeit die Vorteile. Ein Subjektverbot, das nicht nur auf die Arbeitgeberverbände, sondern auch auf die einzelnen Arbeitgeber ausgedehnt wird, taug vorbereitet werden.

Köppel faßt in seinem Schlußwort das Ergebnis der Debatte zusammen. Er verspricht, daß der Bundesvorstand den gegebenen Anregungen nachgehen werde. Manches davon bedürfe noch eingehender Prüfung. Die Reichsregierung bringt, wie Sie alle wissen, im Herbst neue Vorschläge für einen Umbau der Sozialversicherung heraus. Wir wollen eine Reform der Sozial-